

Prof. Dr. Hans-Joachim Höhn, Bad Honnef

*Solidarität und Gemeinsinn.  
Zur Kritik einer ökonomischen Theorie der Moral*

Die Ankündigung eines theologischen Beitrages zu einem sozialemischen Thema läßt bei den Vertretern anderer Disziplinen in der Regel unguie Vorahnungen aufkommen. Man kann sich ausrechnen, was kommt. Entweder wird ein Plagiat soziologischer Analysen vorgetragen, wobei so getan wird, als habe man schon immer gewußt, wie es um die Gesellschaft bestellt sei und wie allzu berechtigt jene moralischen Forderungen seien, die im Namen des Evangeliums seit langem erhoben würden. Oder es kommt zu einer ignoranten Scheinüberbietung ökonomischer Analysen, indem man gegen evidente Sachzwänge mit prophetischer Attitüde protestiert und mit moralischen Appellen meint, eine Reform von Strukturen einleiten zu können.

Eine theologisch inspirierte Ethik steht aber nicht nur in der Gefahr, alles besser zu wissen und zugleich an der Wirklichkeit vorbeizureden. Soll sie eine Daseinsberechtigung haben, steht sie auch unter dem Druck, etwas Eigenes sagen zu sollen. Kritiker wittern dieses „Eigene“ zumeist im Vorbeireden an der Wirklichkeit. Wer diesem Vorwurf entgegentreten will, muß um die Selbstbehinderungen christlicher Ethik

wissen und sich zugleich von jenen Zeitgenossen absetzen, die sie für unzeitgemäß halten. Gegenüber den gängigen Versuchungen, Anmaßungen und Ansprüchen theologischer Ethik will ich mich im folgenden querlegen. Ich hoffe, damit bei der Sache der Theologie zu sein und zugleich etwas zum Thema des Forums „Ist Solidarität konsensfähig?“ beitragen zu können. Das Sich-quer-Stellen gehört zur Sache christlicher Theologie und Ethik. Denn ihr Thema ist zum einen das, was den Menschen in die Quere kommt, indem es ihre Pläne durchkreuzt, ihre Erwartungen enttäuscht und ihre Anstrengungen scheitern läßt. Zum anderen geht es auch um das, was dem entgegengestellt werden kann, was sich an Apathie gegenüber dem Unglück der anderen, an der Borniertheit eines politischen „business as usual“, an der zynischen Selbstzufriedenheit einer Zwei-Drittel-Gesellschaft breitmacht.

Zur Sache einer Christlichen Sozialethik gehört es, nach den Existenzbedingungen und nach der Zukunftsfähigkeit moderner Gesellschaften zu fragen. Sie zweifelt daran, daß hierbei die Auskünfte von Soziologen, Politologen und Ökonomen hinreichend sind. Sie sind zweifellos notwendig. Aber über das ökonomisch und politisch Notwendige hinaus dürfte die Humanität einer Gesellschaft auch davon abhängen, inwieweit sie dem ökonomisch Unverrechenbaren, dem technisch Unableitbaren und politisch Unverfügbaren Rechnung trägt.<sup>1</sup> In diesem Sinne kommt eine Christliche Sozialethik anderen Disziplinen in die Quere, wenn sie fragt: Was ist das Nicht-Ökonomische an der Ökonomie, das Nicht-Technische an der Technik, das Nicht-Politische an der Politik, das um der Humanität, des Zusammenhalts und der Zukunft moderner Gesellschaften willen nicht ignoriert werden darf?

Ich will versuchen, die These, die hinter dieser Anfrage steht, schrittweise einsichtig zu machen. Hierbei gehe ich auf die Erklärungsmuster ein, die unsere Gesellschaft als eine hochgradig differenzierte bzw. individualisierte begreifen und auf dieser Basis die Bedingungen für eine modernitätskompatible Ethik bestimmen. Im widerständigen Sich-Einlassen auf soziologische und wirtschaftswissenschaftliche Reflexionen hoffe ich, den Vertretern dieser Disziplinen entgegen- und zugleich – wie angekündigt – in die Quere zu kommen.

### *1. Soziologischer Hintergrund: Funktionale Differenzierung der Gesellschaft und Interpenetration der Teilsysteme*

Jegliche Ethik bleibt gesellschaftlich folgenlos, wenn sie den Sozial- und Denkstrukturen der Moderne nicht entspricht. Für die Analyse der komplexen Funktions- und Konstitutionsbedingungen moderner Gesellschaften stellt die Theorie der funktionalen Differenzierung ein auf den ersten Blick brauchbares Instrumentarium bereit. In der Tat leben wir in einer Gesellschaft mit verteilten Zuständigkeiten. Moderne Gesellschaften sind aber keineswegs nur dadurch geprägt, daß sie sich in hochspezialisierte Teilsysteme wie Wirtschaft, Recht und Wissenschaft mit eigener Funktionslogik ausdifferenzieren. Es ist keineswegs so, daß die Politik immer politischer, die Technik

immer technischer und die Wirtschaft immer ökonomischer wird. Längst gibt es Zonen der „Interpenetration“, d. h. wechselseitiger Durchdringung dieser Teilsysteme und ihrer Eigenlogiken.<sup>2</sup> Kultur und Sport werden kommerzialisiert, Ökonomie und Recht werden politisiert, und die Politik bewegt sich zwischen administrativer Machtausübung und medialer Inszenierung. Gerade in diesen Überlappungszonen verschiedener Teilsysteme laufen jene Prozesse ab, die den Lauf der Welt bestimmen und komplexe Gesellschaften zusammenhalten. Es gilt daher, das Vorkommen, die Relevanz und Funktion von Moral mit dieser Konstitution moderner Gesellschaften kompatibel zu machen, d. h. eine Ethik zu entwerfen, die mit den Koordinationsproblemen beschäftigt ist, die sich aus der Überlappung der Teilsysteme inklusive ihrer spezifischen Rationalitäten ergeben.

Wenn dieser Befund auch für die Wirtschaft und die Wirtschaftsethik zutrifft, kann nicht länger die ökonomische Handlungslogik derart intakt gelassen werden, daß man sie auf die Logik von Macht und Wettbewerb reduziert. Auch hier muß über eine Vernetzung dieser Logik mit anderen Rationalitäten nachgedacht werden. Anlaß dazu ist vielfach gegeben. So sind z. B. im Bereich der Technikfolgenabschätzung und bei ökonomischen Großprojekten immer auch nicht-marktfähige bzw. -gängige Güter mit im Spiel.<sup>3</sup> Nach welchen Wechselkursen sollen etwa bei der anstehenden Erschließung des nordrhein-westfälischen Braunkohlegebietes Garzweiler II der ästhetische Wert einer Landschaft oder ihre Bedeutung für die soziale und geschichtliche Identität der Menschen verrechnet werden? Güter, die es nur einmal gibt und die zugleich von allgemeiner Bedeutung sind, sind unbezahlbar, d. h. ökonomisch nicht verrechenbar.

Außerdem ist der Markt nur sehr begrenzt eine Veranstaltung zur Verwirklichung der Solidarität aller („Positivsummenspiel“). Hier können nur die gewinnen, die etwas zu bieten haben. Nur wer über Geld oder ökonomisches Leistungspotential verfügt, hat Zugang zum Markt und kann das Marktgeschehen mitbestimmen, nicht aber diejenigen, die nur ihre Haut zu Markte tragen können in der Hoffnung, daß dafür irgend jemand Verwendung hat. Die Logik des Marktes, hier: seiner Zugangsbedingungen, führt dazu, daß er nur für marktfähige Subjekte Vorteile bietet. Eine Veranstaltung zum Vorteil aller wird er erst dann, wenn Fragen des Zugangs zum Markt durch nicht-marktförmige Regelungen geklärt werden. Anders formuliert: Soll der Markt seine gesellschaftlich erwünschten Wirkungen zeigen, ist er auf nicht-marktförmige Vorkehrungen angewiesen.<sup>4</sup>

## *2. Wirtschaftsethik als ökonomische Theorie der Moral?*

Das Konzept einer Wirtschaftsethik, Begriffe und Ideale der traditionellen Ethik unter den Bedingungen der Moderne derart zu operationalisieren, daß sie in Vorteils/Nachteilskalkulationen übersetzt werden und sich dabei der Eigenlogik ökonomischen Handels bedienen, führt zu einer ökonomischen Theorie der Moral.<sup>5</sup> Wie bei jedem Übersetzungsvorgang so ist auch hier bei der Transformation einer

ethischen Theorie der Moral zu einer ökonomischen Theorie der Moral nicht auszuschließen, daß beim Übersetzen etwas (Entscheidendes) verlorengeht. Vielleicht geht sogar das Moralische an der Moral verloren? Mit dem Moralischen der Moral verbinden sich Assoziationen des „Zwecks an sich selbst“, des „Indisponiblen“, des unbedingten Respekts, des Absehens von Zweck/Nutzen-Erwägungen. Hier geht es um das, was allem Funktionalen vorausgeht und ihm erst seinen Sinn gibt. Wie steht es um die Solidarität mit Opfern und Verlierern, mit Asylanten und Flüchtlingen, die außer Ärger mit Behörden nichts bringt und die noch nicht einmal steuerlich absetzbar ist? Was „bringt“ es einem Staat, wenn er Vertriebene und Migrant\*innen aufnimmt, die Rentenkassen und Arbeitsmarkt belasten? Besteht die „Moralität“ eines Subjekts und eines sozialen Systems nicht auch darin, daß man sie sich „etwas kosten“ lassen muß? Das sind Formulierungen, die im ökonomischen Kontext altbacken klingen und vielleicht sogar deplaziert sind. Daran ist die Ethik möglicherweise selbst schuld. Natürlich ist die Kritik nur allzu berechtigt, daß die traditionelle Ethik mit ihrer Konzentration auf rationale Normenbegründungen Fragen der sozialen Geltung und Implementierung von Normen vernachlässigt hat. Aber wird nicht eine alte Einseitigkeit durch eine neue abgelöst, wenn die Erörterung einer Implementierung moralischer Normen über eine soziale Rahmenordnung abgekoppelt wird von der Frage nach der Genese und dem Gültigkeitsverweis dieser Normen? Kann man eine ethisch anspruchsvolle soziale Rahmenordnung etablieren, die hinsichtlich ihrer Genese und Akzeptanz ohne eine explizit moralische Motivation auf seiten der Beteiligten und Betroffenen auskommt? Muß der normative Gehalt einer Sozialordnung nicht auch Bestandteil einer kulturellen Lebensform und sozialen Lebenswelt sein, wenn diese Rahmenordnung Bestand haben soll? Braucht diese Rahmenordnung nicht von Zeit zu Zeit – Stichwort „Ökologie“ – Zufuhr an neuen Idealen und Inhalten? Aber sind diese jemals aus der Ökonomie gekommen? Gilt nicht doch, daß auch eine ökonomische Theorie und Praxis der Moral auf Ressourcen angewiesen ist, welche die Ökonomie innerhalb ihres institutionellen Regelwerkes nicht mitproduzieren kann?

Meine These ist, daß eine soziale Rahmenordnung auf moralische Resonanz in den Lebenswelten der Angehörigen einer Gesellschaft angewiesen ist, wenn die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt werden sollen. Aus sozialtheoretischen und sozialetischen Gründen bin ich daher gegen eine voreilige Verabschiedung von Handlungs- und Tugendethik.<sup>6</sup> Zu den Errungenschaften der Moderne gehört die Verknüpfung von politischen, sozialen und ökonomischen Grundrechten. Man könnte auch sagen: die Verknüpfung von Kapitalismus, Sozialstaat und Demokratie. Hinter dem ökonomischen Projekt der Moderne – Wohlstand und Wachstum – steht auch ein politisches: Emanzipation und Selbstbestimmung.<sup>7</sup> Die Demokratie hat im historischen Rückblick ein Standbein in der Beteiligung breiter Schichten an der Erwerbsarbeit. Der Bürger mußte nicht nur Geld verdienen, um sein Auskommen zu haben, sondern auch um seine politischen Freiheitsrechte mit Leben füllen zu können. Erwerbsarbeit

hat nicht nur die private, sondern auch die politische Existenz begründet. Ohne politische Partizipation aber keine Demokratie und ohne Demokratie keine Gewähr sozialer Rechte.

Seit geraumer Zeit mehren sich die Versuche, das Projekt der Moderne nur noch als ein ökonomisches zu begreifen. Wohin eine sich selbst überlassene Ökonomie führt, können wir dem Wirtschaftsteil der Tageszeitungen entnehmen: Wachstum und gesteigerte Produktivität setzen nicht mehr den Abbau von Arbeitslosigkeit in Gang und fördern darum auch nicht mehr die politische Integration und Interaktion der Beschäftigten. Vielmehr wird zur Steigerung von Produktivität der Abbau von Arbeitsplätzen vorausgesetzt.<sup>8</sup> Immer weniger Menschen produzieren immer mehr Güter und Dienstleistungen. Großunternehmen schicken ihre Arbeitnehmer in den Vorruhestand, der von der Solidargemeinschaft der Beitragszahler zur Rentenversicherung finanziert wird. Ein solches Verhalten mag in der Logik des Wettbewerbes liegen. Wenn die Arbeitskosten sinken, steigt der Profit. Ein Kapitalismus aber, der nur noch auf Gewinnsteigerung setzt, beraubt sich seiner eigenen Legitimität bzw. politisch-ethischen Akzeptanz. Die sich verstärkenden Tendenzen eines sozialen „Sezessionismus“ signalisieren den Versuch „besserer“ Kreise, sich von den sozialen Kosten von Demokratie und Sozialstaat freizukaufen, indem man „über eine eigene Infrastruktur (vom privaten Kindergarten über die Eliteuniversität bis zur Privatklinik) aus den ‚gewöhnlichen‘ solidargemeinschaftlichen Versorgungsstandards auszuweichen beginnt. Entscheidend ist nicht die Privilegierung, sondern das Zerbrechen des Konsenses einer Solidargemeinschaft, die ihre Infrastruktur über die gemeinsame Produktion kollektiver Güter als Gemeinschaftsaufgabe im Interesse aller begreift“.<sup>9</sup> Es kann auf Dauer nicht gelingen, die Vorteile des Bündnisses von Kapitalismus, Sozialstaat und Demokratie genießen zu wollen, ohne etwas in den Sozialstaat und die Demokratie investieren zu wollen. Ein solches widersprüchliches Verhalten begegnet vor allem in den Führungsetagen multinationaler Konzerne. Deren Manager „lagern Verwaltungen nach Südindien aus, aber schicken ihre Kinder auf öffentlich finanzierte europäische Spitzenuniversitäten. Es kommt ihnen gar nicht in den Sinn, dahin zu ziehen, wo sie die Arbeitsplätze aufbauen und die niedrigen Steuern zahlen. Für sich selbst nehmen sie selbstverständlich die teuren politischen, sozialen, zivilen Grundrechte in Anspruch, deren öffentliche Finanzierung sie torpedieren. Sie genießen die aufwendig gepflegte Natur und Landschaft. Sie tummeln sich in den noch relativ gewalt- und kriminalitätsfreien Metropolen Europas. Aber sie tragen zugleich durch ihre Egowirtschaft und profitorientierte Politik wesentlich dazu bei, daß diese europäische Lebensform zerfällt. Darf man erfahren, wo sie oder ihre Kinder leben wollen, wenn Staat und Demokratie in Europa nicht mehr finanzierbar sind?“<sup>10</sup> Angesichts eines solchen Verhaltens fällt es schwer, sich einer wirtschafts- und unternehmensethischen Position anzuschließen, wonach man die ethische Beurteilung unternehmerischen Handelns in der Moderne nicht mehr in unmittelbar handlungsleitenden Motivationen der Akteure – wie z. B. Profitgier – festmachen könne.

Gerade das letzte Beispiel zeigt, daß die politisch-ethischen Errungenschaften der Moderne, zu denen eine sozial abgefederte Marktwirtschaft erheblich beigetragen hat, nur Bestand haben, wenn alle Akteure davon absehen, ihre bloß individuellen und nicht auch verallgemeinerbaren Ansprüche gesellschaftlich durchzusetzen. Die Interessen eines jeden einzelnen dürfen hierbei nur so weit zum Zuge kommen, daß das soziale Band nicht zerreißt, das alle miteinander verknüpft. Auf solche *Minima moralia* des Gemeinsinns wird auch ein interaktionsökonomischer Ansatz in der Wirtschaftsethik nicht verzichten. Allerdings ergeben sich gerade in diesem Kontext neue Schwierigkeiten, die mit einem zweiten Charakteristikum moderner Gesellschaften verbunden sind: Fragmentierung und Individualisierung des Sozialen.

### 3. Individualisierung statt Gemeinsinn?

Charakteristisch für moderne Gesellschaften ist auch, daß sie im Zeichen einer umfassenden Individualisierung stehen. Dazu zählen die Erosion und abnehmende Bindungswirkung traditioneller Sozialzusammenhänge (z. B. Klasse, Schicht, Milieu, Konfession), die Lösung von Lebenslauf und Lebensstil aus überkommenen Standards (Rollen, geschlechtsspezifische Festlegungen, Weltanschauung) sowie die Diversifizierung von Lebensformen, Moral- und Sinnsystemen.<sup>11</sup> Diese Entwicklungen bedingen zunächst einen Zuwachs an Entscheidungsmöglichkeiten und subjektiv wählbaren Optionen aufseiten des Individuums. Der moderne Mensch avanciert zum *homo optionis*, der wird, was er wählt, und aus sich macht, was er auswählt. Der Preis hierfür ist der Verlust einer kollektiv verbindlichen und plausiblen Sinn- und Identitätsmatrix im Raum des Sozialen, wodurch das Leben für das Individuum keineswegs leichter wird. Das Individuum wird fortan nicht nur zum Entwurf und zur Inszenierung der eigenen Biographie genötigt, sondern auch zur ihrer Einbindung in Beziehungen und soziale Netze. Alle notwendigen Koordinations- und Integrationsleistungen von der Berufs- und Partnerwahl, der Mitgliedschaft in Vereinen über die Auswahl der passenden Schule für die Kinder und den Verbleib in einer Religionsgemeinschaft bis hin zur Verfügung über die Art der Bestattung hat das Subjekt zunehmend eigenhändig vorzunehmen. „Chancen, Gefahren, Unsicherheiten (...), die früher im Familienverbund, in der dörflichen Gemeinschaft, im Rückgriff auf ständische Regeln oder soziale Klassen definiert waren, müssen nun von den einzelnen selbst wahrgenommen, interpretiert, entschieden und bearbeitet werden.“<sup>12</sup>

Diese größeren individuellen Freiheitsräume sind gleichwohl bedingt durch eine spezifische Vergesellschaftung menschlicher Lebensverhältnisse und abhängig von den Leistungen sozialer Funktionssysteme (z. B. Wirtschaft, Bildung, Gesundheit): Ohne einen Zugang zur bezahlten Erwerbsarbeit läßt sich mit den neuen Freiheiten wenig anfangen. Ohne den Erwerb formeller Berufs- und Bildungsabschlüsse bleibt der Zugang zum Arbeitsmarkt verschlossen. Und ohne eine frühzeitige Absicherung

gegenüber Daseinsrisiken wird das Insistieren auf Unabhängigkeit bald selbst zu einem Daseinsrisiko. Die Erweiterung von Wahlmöglichkeiten und Handlungsoptionen in der Lebenswelt geht einher mit einer Vermehrung der Abhängigkeit von Regulativen, die auf gesamtgesellschaftlicher Ebene angesiedelt sind. Individuelles Leben ist weniger als zuvor in einen gemeinschaftlichen Komplex von Traditionen, Institutionen, Autoritäten und Rollen eingebunden, aber gleichwohl nicht aus der Gesellschaft entlassen, sondern jetzt durch abstrakte und anonyme, an die Individuen adressierte Sozialbeziehungen bestimmt, die sich ihrerseits der individuellen Einflußnahme entziehen.

Zugleich gehören Mobilität und Flexibilität, Unabhängigkeit und Ungebundenheit auf seiten des Subjekts zu den Funktionserfordernissen einer hochgradig arbeitsteiligen und in ihren Strukturen oszillierenden Gesellschaft. Zu viele und zu enge Bindungen (z. B. Familie, Kinder) sind nicht nur hinderlich für das eigene Fortkommen, sondern schränken auch die Palette der betrieblichen Verwendungs- und Versetzungsmöglichkeiten zur Erhöhung der Produktivität stark ein. Die Deregulierung von Produktionszeiten und die Flexibilisierung von Arbeitszeiten nehmen auf feste Kinderbetreuungszeiten keine Rücksicht. Erwartet wird Flexibilität am Arbeitsplatz, belohnt wird Mobilität bei der Lehrstellensuche, beim Verlust der Arbeitsstelle und bei der Umschulung in einen neuen Beruf. Nesthocker bleiben chancenlos. Von Vorteil ist eine „surfende“ Lebenseinstellung, bei der Bindungen nur unter Vorbehalt, bis auf weiteres, eingegangen werden.

Kritiker dieser Entwicklung sehen allerdings in der Individualisierung nicht nur die Einlösung des von der Moderne gegebenen Versprechens, mit ihr beginne eine Epoche, in der jeder Mann und jede Frau „ein eigener Mensch“ werden und souverän über die Gestaltung ihres Daseins verfügen könne. Sie erkennen darin zugleich eine Halbierung des ethisch-politischen Projektes der Moderne, in dem es um mehr als nur um die Individuen geht. Zum Projekt der Moderne gehört die gesellschaftliche Verwirklichung individueller Freiheit über die Herstellung sozialer Gerechtigkeit auf dem Weg solidarischen Handelns. Gegenwärtig scheinen die Chancen für die Verwirklichung dieses Projektes schlechter zu stehen als je zuvor.

Soll die öffentliche Diskussion über diese Entwicklung das Stadium des Trauerns um bessere alte Zeiten, des Lamentierens über die mit dem „Tanz um das goldene Selbst“ (U. Beck) eingetretene Auflösung moralischer Verbindlichkeiten hinter sich lassen, muß sie der Leitfrage nach dem, was moderne Gesellschaften zusammenhält, eine andere Richtung geben. Es kann nicht darum gehen, die Pluralisierung moralischer Leitbilder und die Individualisierung von Lebensformen wieder rückgängig zu machen. Sinnorientierungen und moralische Verpflichtungen lassen sich auch kaum administrativ erzeugen. „Von traditionellen wie von autoritären politischen Ordnungen unterscheidet sich der liberal-demokratische Staat gerade dadurch, daß er die sinnhaften Bedingungen seiner Existenz nicht selbst in Regie nimmt.“<sup>13</sup> Er muß darauf setzen, daß die moralischen und institutionellen Bedingungen des Zusammenhalts seiner Bürger von diesen selbst erzeugt werden.

Bei der fälligen Neubestimmung der Kategorie „Solidarität“ muß die Sozialethik auf diese veränderten Rahmenbedingungen eingehen. Anstatt alternativenlos einer ökonomischen Überholung des sozialetischen Theoriedesigns zu folgen, plädiere ich für eine „sozial-ökologische“ Orientierung ethisch-politischer Diskurse. Dabei geht es darum, analog zur Ermittlung der ökologischen Existenzbedingungen einer Industriegesellschaft die sozialetischen Ressourcen von Pluralität und Freiheit, von Autonomie und Humanität zu ermitteln. Dahinter steht die Überzeugung, daß moderne Gesellschaften nicht allein durch das Bruttosozialprodukt, durch internationale Wettbewerbsfähigkeit, durch technische und ökonomische Innovationen zukunftsfähig werden. Wirklich human ist eine ökonomisch gesicherte Zukunft nur dann, wenn nicht alle Lebensbereiche technisch und ökonomisch ausgebeutet werden, wenn es Lebensräume gibt, in denen sich Menschen ohne den Druck wirtschaftlicher Imperative und Leistungszwecke entfalten können.

Damit ist nicht die Beschwörung romantischer Sozialideale eingeleitet. Es geht vielmehr um die Umsetzung der Einsicht, daß die Aufrechterhaltung eines modernen Systems freiheitsverbürgender Rechte auf entgegenkommende Lebenswelten angewiesen bleibt, deren normativer Kern in der Balancierung von Individualität und Solidarität manifest wird.<sup>14</sup> Die gesellschaftliche Realisierung von Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit ist angewiesen auf Lebenswelten, in denen das Subjekt pluralitätsfähig wird, d. h. den gewaltfreien Umgang mit Konflikten lernen und das Vermögen der Selbstbehauptung ebenso entwickeln kann wie die Fähigkeit zu Empathie und Kommunikation – kurz: Lebenswelten, in denen es möglich wird, ein eigener Mensch zu werden und zugleich eine soziale Identität auszubilden. Diese Lebenswelten haben den Rang sozialer Biotope, wo jene Wertmuster hervorgebracht und tradiert werden, von denen die moderne liberale und wertplurale Gesellschaft zehrt, ohne sie jedoch innerhalb ihrer ökonomischen und politischen Institutionen hervorbringen zu können. Wie die Ökosysteme der äußeren Natur so müssen auch diese Sinn- und Wertressourcen einer Gesellschaft regenerationsfähig gehalten werden. Es hätte keine Aufnahme von mehreren 100 000 Flüchtlingen aus dem Jugoslawienkrieg in Deutschland gegeben ohne ein Ethos der Solidarität, das lebensweltlich verankert ist. Es hätte keinen Protest gegen Fremdenfeindlichkeit und Ausländerhaß in Gestalt von Menschen- und Lichterketten gegeben ohne die Weckung eines Ethos der Betroffenheit.

Der Prozeß der von ökonomischen Rationalitäten bestimmten Modernisierung ist nur zukunftsfähig, wenn es sozio-kulturelle Widerlager gibt. Wäre das soziale Leben allein von den funktionalen Erfordernissen der verschiedenen Teilsysteme geprägt, ginge diese Art der Modernisierung zugleich einher mit der Auszehrung sozialer Lebensformen, mit der Erosion und Versteppung kultureller Sinnwelten. Menschen werden degradiert zum Bestandteil einer Manipulationsmasse, wenn es keine Freiräume gibt, die vor ökonomisch-technischer Verzweckung geschützt sind. Sie werden beziehungsunfähig, wenn es keine Möglichkeiten gibt, soziale Zugehörigkeiten auszubilden und verlässliche Lebensbezüge aufzubauen.

## Anmerkungen

- 1 Vgl. hierzu H.-J. Höhn, Vernunft – Glaube – Politik. Reflexionsstufen einer Christlichen Sozialethik, Paderborn/München/Wien/Zürich 1990.
- 2 Vgl. ausführlicher R. Münch, Die Struktur der Moderne, Frankfurt 1984; ders., Dialektik der Kommunikationsgesellschaft, Frankfurt 1991; ders., Dynamik der Kommunikationsgesellschaft, Frankfurt 1995.
- 3 Vgl. hierzu etwa H.-J. Höhn, Technikethik als Risikoethik. Ansätze einer sozialetischen Risikobeurteilung, in: JCSW 37 (1996), S. 29 – 50.
- 4 Zur Kritik am Markt als einer kulturellen „Hegemonialmacht“ vgl. F. Müller/M. Müller (Hrsg.), Markt und Sinn. Dominiert der Markt unsere Werte?, Frankfurt/New York 1996.
- 5 Das Folgende nimmt kritisch Bezug auf K. Homann, Ethik und Ökonomik. Zur Theoriestrategie der Wirtschaftsethik, in: ders. (Hrsg.), Wirtschaftsethische Perspektiven I, Berlin 1994, S. 9 – 30; ders./I. Pies, Wirtschaftsethik in der Moderne. Zur ökonomischen Theorie der Moral, in: Ethik und Sozialwissenschaften 5 (1994), S. 3 – 12, 94 – 108; ders., Wirtschaftsethik. Die Funktion der Moral in der modernen Wirtschaft, in: J. Wieland (Hrsg.), Wirtschaftsethik und Theorie der Gesellschaft, Frankfurt 1993, S. 32 – 53; ders./F. Blome-Drees, Wirtschafts- und Unternehmensethik, Göttingen 1992; ders., Ökonomik und Ethik, in: G. Baadte/A. Rauscher (Hrsg.), Wirtschaft und Ethik, Graz/Wien/Köln 1991, S. 9 – 29.
- 6 Vgl. hierzu mit verwandter Zielsetzung, aber anders gelagerter Argumentation P. Rottländer, Ordnungsethik statt Handlungsethik? Bemerkungen zum wirtschaftsethischen Programm einer neuen Institutionenökonomik, in: Orientierung 60 (1996), S. 165 – 71.
- 7 Vgl. H.-J. Höhn, Die Moderne, der Markt und die Moral, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 51/1995, S. 3 – 14.
- 8 Zur Analyse und Kritik entsprechender neoliberaler Tendenzen in Politik und Ökonomie vgl. etwa H. Afheldt, Ausstieg aus dem Sozialstaat? Gefährdungen der Gesellschaft durch weltweite Umbrüche, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 25 – 26/1995, S. 3 – 12.
- 9 E. Pankoke, Grenzen der Solidarität, in: K. Bayertz u. a., Solidarität (Rechtsphilosophische Hefte IV), Frankfurt/Berlin/Berlin 1995, S. 92.
- 10 U. Beck, Kapitalismus ohne Arbeit, in: Der Spiegel 20/1996, S. 142.
- 11 Einen instruktiven Querschnitt der soziologischen Auseinandersetzung mit diesem Phänomen bieten U. Beck/E. Beck-Gernsheim (Hrsg.), Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften, Frankfurt 1994; H. G. Brose/B. Hildenbrand (Hrsg.), Vom Ende des Individuums zur Individualität ohne Ende, Opladen 1988.
- 12 Beck/Beck-Gernsheim (Hrsg.), Riskante Freiheiten, S. 15.
- 13 H. Dubiel, Von welchen Ressourcen leben wir? Erfolge und Grenzen der Aufklärung, in: E. Teufel (Hrsg.), Was hält die moderne Gesellschaft zusammen?, Frankfurt 1996, S. 85.
- 14 Vgl. hierzu B. v. d. Brink/W. v. Reijen (Hrsg.), Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie, Frankfurt 1996.